

Boss, Alfred

**Working Paper — Digitized Version**  
**Fiskalpolitik und Konjunktur**

Kiel Working Paper, No. 772

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Boss, Alfred (1996) : Fiskalpolitik und Konjunktur, Kiel Working Paper, No. 772, Kiel Institute of World Economics (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/913>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Kieler Arbeitspapiere Kiel Working Papers

Kieler Arbeitspapier Nr. 772

**Fiskalpolitik und Konjunktur**

von

Alfred Boss



Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel  
The Kiel Institute of World Economics

ISSN 0342 - 0787

Institut für Weltwirtschaft  
Düsternbrooker Weg 120, D-24105 Kiel

Kieler Arbeitspapier Nr. 772

**Fiskalpolitik und Konjunktur**

von

Alfred Boss

7.11.847

Oktober 1996

Für Inhalt und Verteilung der Kieler Arbeitspapiere ist der jeweilige Autor allein verantwortlich, nicht das Institut.

Da es sich um Manuskripte in einer vorläufigen Fassung handelt, wird gebeten, sich mit Anregung und Kritik direkt an den Autor zu wenden und etwaige Zitate vorher mit ihm abzustimmen.

## Inhaltsverzeichnis

<b>A.</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>B.</b>	<b>Das strukturelle Defizit — Zum Begriff.....</b>	<b>2</b>
<b>C.</b>	<b>Operationalisierung der Konzeption .....</b>	<b>3</b>
<b>D.</b>	<b>Ergebnisse .....</b>	<b>6</b>
	1. Einbeziehung der Treuhandanstalt in den Staatssektor.....	6
	2. Konjunkturbereinigung der Einnahmen und der Ausgaben des Staates .....	9
	3. Das strukturelle Defizit des Staates und seine Veränderung.....	12
<b>E.</b>	<b>Vergleich der Ergebnisse mit denen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>13</b>
<b>F.</b>	<b>Änderungen des strukturellen Defizits und Konjunktur .....</b>	<b>14</b>
<b>G.</b>	<b>Phasen expansiver und Phasen kontraktiver Ausrichtung der Finanzpolitik.....</b>	<b>17</b>
	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>20</b>

## **Abstract**

Following the expenditure cuts decided upon by the German federal government in spring 1996, the impact of fiscal policy on the business cycle is investigated. The impulse given by fiscal policy is measured by the change of the structural general government budget surplus/deficit. It turned out that the restrictive stance of fiscal policy cannot prevent an economic upswing in the Federal Republic of Germany.

JEL Classification: H30, H60

Keywords: fiscal policy, budget deficit, business cycle

Alfred Boss  
Institut für Weltwirtschaft  
Düsternbrooker Weg 120  
D-24105 Kiel  
Tel.: 0431/8814-231  
Fax: 0431/8814-525

## A. Einleitung

Die Bundesregierung hat im Frühjahr 1996 ein Maßnahmenpaket beschlossen, mit dem der Anstieg der öffentlichen Ausgaben gebremst und das Budgetdefizit in Grenzen gehalten werden sollen. Dies hatte — angesichts der vergleichsweise labilen Konjunktur — umfangreiche Diskussionen darüber zur Folge, welchen Einfluß die Finanzpolitik auf die Konjunktur hat und wie die Finanzpolitik ausgerichtet werden sollte.

In diesem Beitrag wird zunächst versucht, den unmittelbaren Einfluß der Finanzpolitik im Sinne des Fiskalimpulses zu messen. Dies geschieht anhand der Veränderung des strukturellen Budgetdefizits des Staates. Dabei werden Überlegungen aufgegriffen, die der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten angestellt hat. Die aktuelle Konzeption des Sachverständigenrats (Sachverständigenrat 1994, 1995) wird allerdings in wesentlichen Punkten nicht übernommen. Die Ergebnisse des Sachverständigenrats für das Produktionspotential (Sachverständigenrat 1995), die der Messung des strukturellen Defizits zugrunde liegen, werden in diesem Beitrag verwendet, um eine Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen des Sachverständigenrats wenigstens in begrenztem Maße zu erreichen.

Im Anschluß an die Messung des Fiskalimpulses werden die Wirkungen der Finanzpolitik auf die Konjunktur untersucht; dabei wird allerdings nicht angestrebt, die Bedeutung der Finanzpolitik systematisch zu analysieren. Schließlich wird dargestellt, wie sich die Struktur der Einnahmen und der Ausgaben des Staates in ausgewählten Phasen einer expansiven und einzelnen Phasen einer kontraktiven Ausrichtung der Finanzpolitik verändert hat.

## B. Das strukturelle Defizit — Zum Begriff

Das Budgetdefizit des Staates wird auch von der konjunkturellen Situation bestimmt. Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials hat sogar einen wesentlichen Einfluß auf die Steuereinnahmen, auf das Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen und auf wichtige Ausgabenarten und damit auf das Budgetdefizit.

Unter dem strukturellen Defizit wird in diesem Beitrag jenes Budgetdefizit verstanden, das bei Normalauslastung des Produktionspotentials besteht, das also von konjunkturellen Einflüssen bereinigt ist.<sup>1</sup> Das strukturelle Defizit enthält somit auch die Verschuldung, die mit Blick auf die vom Staat getätigten Investitionen meistens als ökonomisch gerechtfertigt angesehen wird. Es ist nach der hier verwendeten Konzeption nicht unbedingt ein Defizit, das durch Ausgabenkürzungen oder Abgabenerhöhungen auf Null reduziert werden sollte, um so positive Wirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung zu erzielen. Es hat also keinen normativen Charakter.

Nach dem Konzept des Sachverständigenrats ist dagegen das strukturelle Defizit jenes, das konjunkturelle Einflüsse nicht beinhaltet und zudem um die Normalverschuldung bereinigt ist und das deshalb — im Sinne eines Zielkonzepts — den Konsolidierungsbedarf in den öffentlichen Haushalten mißt. „Das strukturelle Defizit entspricht jenem Teil des Gesamtdefizits, der bei einer Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten die dauerhaft akzeptable Neuverschuldung überschreitet“ (Sachverständigenrat 1994, Ziff. 179).

Die Veränderung des strukturellen Defizits in der Definition dieses Beitrags zeigt — im Sinne eines Meßkonzepts — die Anstoßwirkung der Finanzpolitik auf die Konjunktur an. Es ist zwar grundsätzlich richtig, „daß der konjunkturelle Im-

<sup>1</sup> Der konjunkturbereinigte Budgetsaldo des Staates kann wie der tatsächliche Saldo negativ oder positiv sein. Angesichts der tatsächlichen Verhältnisse in den vergangenen Jahren wird in diesem Beitrag in der Regel eine asymmetrische Sprachregelung bevorzugt.

puls der öffentlichen Haushalte nicht sinnvoll aufgrund eines Defizits bestimmt werden kann, das lediglich konjunkturbereinigt ist. Denn es ist davon auszugehen, daß die Privaten dem Staat auch in konjunkturellen Normalsituationen in einem gewissen Umfang Kreditaufnahme zubilligen. Konjunkturneutral ist danach jener Teil der Neuverschuldung, der von den Privaten als dauerhaft angesehen wird, an den diese sich folglich gewöhnen konnten“ (Sachverständigenrat 1994, Ziff. 184). Die Berücksichtigung der Normalverschuldung bei der Messung des strukturellen Defizits erweist sich aber als nicht zwingend, wenn — wie in diesem Beitrag — der konjunkturelle Einfluß an der Veränderung des konjunkturbereinigten Defizits gemessen wird.

### **C. Operationalisierung der Konzeption**

Das Produktionspotential wird vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung prinzipiell als das Produkt aus dem Kapitalstock der Volkswirtschaft und der potentiellen (konjunkturbereinigten) Kapitalproduktivität berechnet (Sachverständigenrat 1995: 316–318). Die Deutsche Bundesbank verwendet dagegen bei der Bestimmung des Produktionspotentials eine Produktionsfunktion, die explizit nicht nur Kapital als Produktionsfaktor berücksichtigt und dabei eine Substitutionselastizität verschieden von Eins zuläßt (Deutsche Bundesbank 1995). Hier werden die Ergebnisse des Sachverständigenrats übernommen. Berechnungen unter Verwendung eines Hodrick-Prescott-Filters, die allein auf Daten für das reale Bruttoinlandsprodukt beruhen, führen — abgesehen von den neunziger Jahren — zu ähnlichen Ergebnissen (Lapp et al. 1995).

Zum Staat werden wie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung gezählt (Statistisches Bundes-

amt 1994). Anders als in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird die Treuhandanstalt mit ihrem operativen Geschäft dem Staatssektor zugeordnet.<sup>2</sup> Die Vermögenstransaktionen der Treuhandanstalt, insbesondere die Übernahme von Altschulden der Unternehmen der ehemaligen DDR durch die Treuhandanstalt, werden nicht berücksichtigt; auch bleiben die Transaktionen der ehemals staatlichen Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR außer Betracht.<sup>3</sup>

Der Sachverständigenrat stellt dagegen auf den Staat ohne Sozialversicherung ab. Zudem legt er nicht die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, sondern die der Finanzstatistik zugrunde; dabei werden die Transaktionen des ERP-Sondervermögens je nach Fragestellung (Messung des strukturellen Defizits (und damit des Konsolidierungsbedarfs) oder des konjunkturellen Impulses) nicht berücksichtigt oder einbezogen.

Die konjunkturbedingten Mehr- oder Mindereinnahmen des Staates werden errechnet als Differenz zwischen den tatsächlichen Abgaben (Steuern und Sozialbeiträge) und den fiktiven Abgaben bei Normalauslastung des (nominalen) Produktionspotentials. Diese beträgt 96,75 vH als Durchschnittswert für den Zeitraum 1963–1993, der drei Produktivitätszyklen umfaßt (Sachverständigenrat 1995: 317) und dessen Anfangs- und Endjahr konjunkturell vergleichbar sind. Formal werden die auslastungsbedingten Mindereinnahmen und Mehreinnahmen dadurch berechnet, daß die Abgabenquote (Steuern und Sozialbeiträge in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) eines Jahres sowohl auf das tatsächliche Bruttoinlandsprodukt dieses Jahres als auch auf das Bruttoinlandsprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials angelegt und sodann aus den sich ergebenden Einnahmen die Differenz gebildet wird.

---

<sup>2</sup> Zur Begründung des quasi-staatlichen Charakters der Treuhandanstalt vgl. Deutsche Bundesbank (1994).

<sup>3</sup> Zur Bedeutung dieser Transaktionen vgl. Boss und Rosenschon (1996).

Zu den von der Konjunktur beeinflussten Ausgabenkategorien zählen das Arbeitslosengeld, die sonstigen Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für Lohnersatzleistungen wie z.B. Kurzarbeitergeld, Konkursausfallgeld etc. (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1995) sowie die vom Bund finanzierte Arbeitslosenhilfe. Konjunkturbedingt sind dabei eigentlich nur jene Ausgaben des Staates, die infolge von Abweichungen des Auslastungsgrades von der Normalauslastung entstehen. In diesem Beitrag werden aber die gesamten Ausgaben für die genannten Zwecke als konjunkturbedingt gezählt, nicht nur jene infolge von Abweichungen von der Normalauslastung. Dies erweist sich als unproblematisch, weil bei der Messung des Einflusses der Finanzpolitik letztlich nicht auf das Niveau des strukturellen Defizits, sondern auf dessen Änderung abgestellt wird und weil damit tendenziell eine Bereinigung um das mittelfristig bestehende Niveau dieser Ausgaben erfolgt.

Die Höhe der Ausgaben für die genannten Zwecke wie z.B. die Aufwendungen für die Arbeitslosenhilfe wird auch von diskretionären Maßnahmen bestimmt. Eigentlich ist also deren Einfluß auszuschalten. Hier wird aber auf eine Korrektur verzichtet. Tatsächlich waren nämlich die Eingriffe in das Leistungsrecht insgesamt gering. Häufig gab es nur Verlagerungen z.B. vom Arbeitslosengeld hin zur Arbeitslosenhilfe. Demzufolge sind die Leistungen (Aufwendungen für Lohnersatzleistungen in Form von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe) je Arbeitslosen in Relation zum Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten im Zeitablauf relativ konstant geblieben (Ziebarth 1995: 31); sie waren im früheren Bundesgebiet im Jahr 1994 mit 30,1 vH so hoch wie im Jahr 1970 (30,0 vH).

## D. Ergebnisse

### 1. Einbeziehung der Treuhandanstalt in den Staatssektor

Basis der Berechnung des strukturellen Budgetsaldos sind die Einnahmen und Ausgaben des Staates im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Statistisches Bundesamt 1996b). Die Einnahmen und die Ausgaben werden ergänzt um die entsprechenden Angaben für die Treuhandanstalt (Tabelle 1). Allerdings werden nur deren Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des operativen Geschäfts einbezogen.<sup>4</sup> Die Privatisierungserlöse werden — wie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) üblich — nicht zu den Einnahmen gezählt.

Die *Einnahmen* des Staates einschließlich der Treuhandanstalt ergeben sich auf folgende Weise:

Einnahmen des Staates gemäß den VGR
+ Einnahmen der Treuhandanstalt (ohne Privatisierungserlöse)
– Zinserstattungen der Treuhandanstalt an den Kreditabwicklungsfonds (als Einnahmen des Staates im Sinne der VGR gezählt, bei Konsolidierung abzuziehen)
Einnahmen des erweiterten Staates

Die *Ausgaben* errechnen sich so:

Ausgaben des Staates gemäß den VGR
+ Ausgaben der Treuhandanstalt
– Zinserstattungen der Treuhandanstalt an den Kreditabwicklungsfonds
Ausgaben des erweiterten Staates

<sup>4</sup> Werden alternativ alle Transaktionen der Treuhandanstalt sowie jene der ehemals staatlichen Wohnungswirtschaft in Ostdeutschland berücksichtigt, so ergeben sich für die Jahre 1991 bis 1994 in der Regel höhere Einnahmen, Ausgaben und Budgetdefizite und für einige Jahre größere Veränderungen des Budgetdefizits.

Tabelle 1 — Einnahmen und Ausgaben der Treuhandanstalt — Mrd. DM

	1991	1992	1993	1994
Privatisierungserlöse	7,41	9,46	7,91	8,57
Sonstige Einnahmen	0,33	2,14	0,62	0,96
<i>Einnahmen</i>	7,74	11,60	8,53	9,53
Personalausgaben	0,34	0,46	0,53	0,44
Sächliche Verwaltungsausgaben	0,25	0,39	0,31	0,18
Ausgaben für Verwaltung von Objekten der Treuhandanstalt	0,29	0,55	0,55	0,75
Ausgaben im Zusammenhang mit der Privatisierung	1,09	4,58	5,34	—
Ausgaben für die Stilllegung von Unternehmen	1,01	2,94	2,01	—
Inanspruchnahme aus verbürgten Liquiditätskrediten	3,38	8,48	13,03	9,16
Ausgaben für die Sanierung und Restrukturierung von Unternehmen, etc.	9,84	6,97	9,20	—
Zinsen auf eigene Verschuldung, Bankspesen	0,59	2,63	4,12	9,29
Zinsen auf übernommene Altkredite, etc.	9,26	5,64	5,75	1,04
Zinserstattung an Kreditabwicklungsfonds	1,14	7,66	4,18	2,70
Ausgleichszahlungen im Zusammenhang mit der Reprivatisierung	0,12	0,59	1,11	—
Abwicklungskosten der staatlichen Versicherung	0,31	0,31	0,35	0,22
Sonstige Ausgaben	—	—	0,16	22,81
<i>Ausgaben</i>	27,62	41,20	46,64	46,59
<i>Budgetsaldo</i>	-19,88	-29,60	-38,11	-37,06
Nachrichtlich <sup>a</sup> :				
Staatsverbrauch (Verwaltungsausgaben)	0,88	1,40	1,39	1,37
Vermögensübertragungen	15,75	23,87	31,20	32,19
Zinserstattungen	1,14	7,66	4,18	2,70
Zinsen	9,85	8,27	9,87	10,33

<sup>a</sup>Eigene Aufteilung der Ausgaben nach Kategorien der VGR.

Quelle: Treuhandanstalt (1994), BVS (1995).

Der Saldo zwischen den so errechneten Einnahmen und Ausgaben des Staates (einschließlich Treuhandanstalt) ist jener, der von konjunkturellen Einflüssen bereinigt wird, um so den strukturellen Budgetsaldo zu messen. Er ist — absolut betrachtet — für die Jahre 1991 bis 1994 weitaus größer als der Finanzierungssaldo des Staates nach den VGR (Tabelle 2); er erreicht einen Maximalwert von 156 Mrd. DM im Jahr 1993.

Tabelle 2 — Einnahmen und Ausgaben des Staates, der Treuhandanstalt (und der ehemals staatlichen Wohnungswirtschaft in Ostdeutschland): Anpassung der Ergebnisse der VGR — Mrd. DM

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Einnahmen des Staates	1 068,38	1 300,22	1 437,85	1 489,06	1 581,55	1 634,11	1 648,50
Einnahmen der Treuhandanstalt <sup>a</sup>	1,60	0,33	2,14	0,62	0,96	—	—
Zinserstattungen der Treuhandanstalt <sup>b</sup>	—	1,14	7,66	4,18	2,70	—	—
Korrigierte Einnahmen <sup>a</sup>	1 069,98	1 299,41	1 432,33	1 485,50	1 579,81	1 634,11	—
Privatisierungserlöse der Treuhandanstalt	—	7,41	9,46	7,91	8,57	—	—
Korrigierte Einnahmen <sup>c</sup>	1 069,98	1 306,82	1 441,79	1 493,46	1 588,38	1 634,11	—
Ausgaben des Staates	1 118,12	1 395,04	1 524,62	1 598,74	1 662,11	1 985,72	1 784,15
Vermögensübertragung <sup>d</sup>	—	—	—	—	—	234,58	—
Ausgaben der Treuhandanstalt	5,89	27,62	41,20	46,64	46,59	—	—
Zinserstattungen	—	1,14	7,66	4,18	2,70	—	—
Korrigierte Ausgaben <sup>e</sup>	1 124,01	1 421,52	1 558,16	1 641,20	1 706,00	1 751,14	—
Übernommene Schulden	—	—	—	—	—	—	—
– Treuhandanstalt	9,77	5,46	37,79	23,42	-0,80	—	—
– Wohnungswirtschaft	22,35	2,35	2,35	2,95	—	—	—
Korrigierte Ausgaben <sup>f</sup>	1 156,13	1 429,33	1 598,30	1 667,57	1 705,20	1 751,14	—
Korrigierter Finanzierungssaldo <sup>a,e</sup>	-54,03	-122,11	-125,83	-155,70	-126,19	-117,03	-135,65
Korrigierter Finanzierungssaldo <sup>c,f</sup>	-86,15	-122,51	-156,51	-174,11	-116,82	-117,03	-135,65
Nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo des Staates	-49,74	-94,82	-86,77	-109,68	-80,56	-351,61	-135,65
Finanzierungssaldo der Treuhandanstalt	-4,29	-19,88	-29,60	-38,11	-37,06	—	—

<sup>a</sup>Ohne Privatisierungserlöse. — <sup>b</sup>In den Einnahmen des Staates im Sinne der VGR enthalten, daher bei Einbeziehung der Treuhandanstalt zu konsolidieren, also abzuziehen. — <sup>c</sup>Einschließlich Privatisierungserlöse. — <sup>d</sup>Infolge der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und eines Teils der Schulden der ehemals staatlichen Wohnungswirtschaft im Gebiet der ehemaligen DDR. — <sup>e</sup>Ohne übernommene Schulden; nach Abzug der Vermögensübertragung im Zusammenhang mit der Schuldenübernahme (vgl. Fußnote d). — <sup>f</sup>Einschließlich übernommene Schulden.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1996b), Treuhandanstalt (1994), BVS (1995).

Während die VGR-Daten für die Ausgaben des Staates in den Jahren 1991 bis 1994 bei Einbeziehung der Treuhandanstalt in den Staatssektor erhöht werden müssen, sind die Ausgaben im Jahr 1995 in umgekehrter Richtung zu korrigieren. Die Vermögensübertragung des Staates an den Unternehmenssektor in Höhe von 234,6 Mrd. DM, die infolge der Übertragung der Schulden der Treuhandanstalt

und eines Teils der Schulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft auf den Erblastentilgungsfonds in den VGR verbucht worden ist, muß storniert werden, um eine Doppelzählung zu vermeiden bzw. Konsistenz zu erreichen. Die Ausgaben und die Einnahmen (ohne Privatisierungserlöse) und das daraus resultierende kumulierte Budgetdefizit der Treuhandanstalt sind bereits berücksichtigt, die Schulden der Treuhandanstalt z.B. infolge der Übernahme von Schulden der Unternehmen sollen unberücksichtigt bleiben (vgl. S. 4). Der (prognostizierte) Budgetsaldo gemäß den VGR für das Jahr 1996 muß nicht bereinigt werden.

## **2. Konjunkturbereinigung der Einnahmen und der Ausgaben des Staates**

Die konjunkturbedingten Mehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen des Staates erreichen in ausgeprägten Boom- bzw. Rezessionsphasen — gemessen am nominalen Produktionspotential bei Normalauslastung — Werte von maximal knapp 2 vH. Im Jahr 1991 beliefen sich die Mehreinnahmen an Steuern und Sozialbeiträgen in Relation zum „normalen“ Bruttoinlandsprodukt auf 1,2 vH, im Jahr 1993 betrugen die Mindereinnahmen 1,2 vH; dies entspricht 34 bzw. 36 Mrd. DM (Tabelle 3).

Die konjunkturbedingten Ausgaben in der hier gewählten Abgrenzung (vgl. S. 5) sind trendmäßig gestiegen; sie beliefen sich in den frühen sechziger Jahren auf 0,3 vH, in der ersten Hälfte der neunziger Jahre auf 1,5 bis 2 vH des nominalen Produktionspotentials bei Normalauslastung.

Tabelle 3 — Zur Bestimmung des Fiskalimpulses — Mrd. DM

Jahr	Produktionspotential der alten Bundesländer	BIP-Deflator der alten Bundesländer	Nominales Potential der alten Bundesländer	Reales BIP der neuen Länder	Nominales BIP der neuen Länder	Produktionspotential	Nominales Potential bei Normalauslastung	Steuerquote	Beitragsquote	Abgaben bei Normalauslastung
1960	1000,00	30,3	303,00	0	0	1000,00	293,15	0,230	0,103	97,62
1961	1055,16	31,7	334,49	0	0	1055,16	323,61	0,241	0,104	111,65
1962	1116,97	32,9	367,48	0	0	1116,97	355,54	0,244	0,106	124,44
1963	1173,07	34,0	398,84	0	0	1173,07	385,88	0,244	0,108	135,83
1964	1230,49	35,0	430,67	0	0	1230,49	416,67	0,243	0,104	144,59
1965	1290,24	36,3	468,36	0	0	1290,24	453,14	0,235	0,106	154,52
1966	1348,56	37,5	505,71	0	0	1348,56	489,27	0,235	0,110	168,80
1967	1394,74	38,1	531,40	0	0	1394,74	514,13	0,237	0,114	180,46
1968	1438,81	39,0	561,14	0	0	1438,81	542,90	0,243	0,117	195,44
1969	1489,46	40,6	604,72	0	0	1489,46	585,07	0,255	0,120	219,40
1970	1557,61	43,8	682,23	0	0	1557,61	660,06	0,240	0,126	241,58
1971	1629,78	47,1	767,63	0	0	1629,78	742,68	0,245	0,131	279,25
1972	1701,33	49,6	843,86	0	0	1701,33	816,43	0,244	0,137	311,06
1973	1767,14	52,8	933,05	0	0	1767,14	902,73	0,258	0,146	364,70
1974	1815,17	56,5	1025,57	0	0	1815,17	992,24	0,258	0,152	406,82
1975	1856,02	59,7	1108,04	0	0	1856,02	1072,03	0,248	0,163	440,61
1976	1888,92	61,9	1169,24	0	0	1888,92	1131,24	0,255	0,168	478,51
1977	1922,60	64,2	1234,31	0	0	1922,60	1194,19	0,265	0,168	517,09
1978	1962,53	66,9	1312,93	0	0	1962,53	1270,26	0,261	0,166	542,40
1979	2001,00	69,5	1390,70	0	0	2001,00	1345,50	0,258	0,166	570,49
1980	2044,03	72,9	1490,10	0	0	2044,03	1441,67	0,259	0,169	617,03
1981	2075,35	76,0	1577,27	0	0	2075,35	1526,00	0,252	0,175	651,60
1982	2099,16	79,4	1666,73	0	0	2099,16	1612,56	0,249	0,179	690,18
1983	2117,84	81,9	1734,51	0	0	2117,84	1678,14	0,249	0,174	709,85
1984	2169,45	83,6	1813,66	0	0	2169,45	1754,72	0,251	0,174	745,75
1985	2213,92	85,4	1890,69	0	0	2213,92	1829,24	0,252	0,176	782,91
1986	2274,52	88,1	2003,85	0	0	2274,52	1938,73	0,246	0,175	816,20
1987	2336,52	89,7	2095,86	0	0	2336,52	2027,74	0,247	0,176	857,74
1988	2401,10	91,1	2187,40	0	0	2401,10	2116,31	0,245	0,175	888,85
1989	2467,82	93,3	2302,48	0	0	2467,82	2227,65	0,252	0,172	944,52
1990	2557,90	96,3	2463,26	0	0	2557,90	2383,20	0,236	0,169	965,20
1991	2656,37	100,0	2656,37	206,0	206,0	2656,37	2769,34	0,242	0,180	1168,66
1992	2755,16	104,4	2876,39	222,1	262,6	2977,26	3036,97	0,245	0,183	1299,82
1993	2816,16	107,7	3033,00	241,8	314,0	3057,96	3238,23	0,245	0,189	1405,39
1994	2880,55	109,8	3162,84	265,7	354,5	3146,25	3403,03	0,244	0,193	1487,12
1995	2924,50	112,1	3278,36	279,9	380,7	3204,40	3540,14	0,243	0,194	1547,04
1996	2975,00	113,7	3382,58	286,2	394,7	3261,20	3654,51	0,232	0,197	1567,79
1997	3031,00	114,9	3482,62	294,4	410,4	3325,40	3766,50	0,230	0,199	1615,83

Jahr	Steuern	Beiträge	Konjunktur- bedingte Steuermehr- einnahmen	Konjunktur- bedingte Mehrein- nahmen	Ausgaben	Konjunktur- bedingte Ausgaben	Budget- saldo	Struktu- reller Saldo Mrd. DM	Struktu- reller Saldo vH <sup>a</sup>	Fiskal- impuls <sup>b</sup> Mrd. DM	Fiskal- impuls <sup>c</sup> vH
1960	69,77	31,21	2,34	3,36	99,66	0,76	9,21	6,61	2,25		
1961	79,97	34,42	1,98	2,74	113,35	0,67	9,25	7,18	2,22	-0,57	0,04
1962	87,89	38,12	1,14	1,57	129,58	0,89	5,18	4,50	1,27	2,68	0,95
1963	93,27	41,16	-0,89	-1,40	140,38	1,41	3,41	6,22	1,61	-1,72	-0,35
1964	101,95	43,83	0,70	1,19	153,17	1,04	3,01	2,86	0,69	3,36	0,93
1965	107,84	48,52	1,35	1,84	170,23	1,02	-2,76	-3,58	-0,79	6,44	1,48
1966	114,89	53,82	-0,09	-0,09	181,59	0,93	-0,87	0,15	0,03	-3,73	-0,82
1967	117,38	56,42	-4,47	-6,66	193,56	2,41	-7,00	2,07	0,40	-1,92	-0,37
1968	129,80	62,20	-2,12	-3,44	211,08	2,11	-4,31	1,24	0,23	0,82	0,17
1969	152,16	71,43	2,97	4,19	233,33	1,69	6,52	4,02	0,69	-2,78	-0,46
1970	161,89	84,94	3,48	5,25	264,13	2,04	1,35	-1,86	-0,28	5,88	0,97
1971	183,65	98,44	1,69	2,84	304,24	1,97	-1,22	-2,09	-0,28	0,24	0,00
1972	201,25	112,48	2,04	2,67	340,90	2,39	-4,38	-4,66	-0,57	2,57	0,29
1973	236,88	133,48	3,98	5,66	386,36	3,03	11,04	8,41	0,93	-13,07	-1,50
1974	253,42	149,56	-2,58	-3,84	444,76	5,99	-12,72	-2,89	-0,29	11,30	1,22
1975	254,10	167,26	-11,76	-19,25	509,10	12,33	-57,68	-26,10	-2,44	23,21	2,14
1976	285,75	187,97	-2,72	-4,79	546,20	10,97	-38,26	-22,50	-1,99	-3,61	-0,45
1977	317,17	200,23	0,71	0,31	582,68	10,12	-29,00	-19,19	-1,61	-3,30	-0,38
1978	335,05	212,66	3,51	5,31	620,47	10,23	-31,30	-26,38	-2,08	7,18	0,47
1979	356,67	230,04	9,53	16,22	669,64	12,19	-35,76	-39,79	-2,96	13,41	0,88
1980	381,22	248,49	7,83	12,68	721,88	12,67	-42,68	-42,69	-2,96	2,90	0,00
1981	386,40	268,64	1,85	3,44	765,70	20,32	-56,55	-39,67	-2,60	-3,02	-0,36
1982	394,86	284,25	-6,67	-11,07	795,71	28,03	-52,70	-13,60	-0,84	-26,06	-1,76
1983	414,75	290,34	-3,11	-4,76	816,40	29,33	-42,60	-8,51	-0,51	-5,10	-0,34
1984	439,15	304,58	-1,28	-2,02	848,82	26,80	-33,98	-5,16	-0,29	-3,35	-0,21
1985	459,95	320,11	-1,02	-2,85	875,27	26,44	-21,09	8,20	0,45	-13,36	-0,74
1986	473,21	337,40	-3,72	-5,59	912,18	25,96	-25,40	6,15	0,32	2,05	0,13
1987	491,44	350,55	-9,41	-15,75	949,56	27,29	-37,84	5,20	0,26	0,96	0,06
1988	512,52	366,52	-5,98	-9,81	991,06	28,83	-45,24	-6,60	-0,31	11,79	0,57
1989	560,09	383,15	-1,28	-1,28	1018,86	27,41	2,75	31,44	1,41	-38,04	-1,72
1990	573,22	410,46	10,78	18,48	1118,12	26,14	-49,74	-42,08	-1,77	73,52	3,18
1991	689,22	513,04	19,04	33,60	1421,52	43,25	-122,11	-112,46	-4,06	70,37	2,29
1992	754,74	562,90	10,68	17,82	1558,16	46,64	-125,83	-97,01	-3,19	-15,45	-0,87
1993	772,91	596,35	-20,46	-36,13	1641,20	63,94	-155,70	-55,63	-1,72	-41,38	-1,48
1994	811,23	640,54	-19,11	-35,35	1706,00	68,56	-126,19	-22,28	-0,65	-33,35	-1,06
1995	838,58	669,62	-21,68	-38,84	1751,14	73,02	-117,03	-5,17	-0,15	-17,11	-0,51
1996	826,73	699,75	-21,12	-41,31	1784,15	83,95	-135,65	-10,39	-0,28	5,23	0,14
1997	848,97	731,92	-17,32	-34,94	1817,65	83,40	-110,74	7,60	0,20	-17,99	-0,49

<sup>a</sup>In Relation zum nominalen Produktionspotential bei dessen Normalauslastung.  
<sup>b</sup>Änderung des strukturellen Saldos gegenüber dem Vorjahr, multipliziert mit -1.  
<sup>c</sup>Änderung des relativen strukturellen Saldos gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten, multipliziert mit -1.

### 3. Das strukturelle Defizit des Staates und seine Veränderung

Der strukturelle Budgetsaldo des Staates wird folgendermaßen errechnet:

$$\begin{array}{r} \text{Tatsächlicher Budgetsaldo} \\ \text{abzüglich konjunkturebedingte Mehreinnahmen} \\ \text{plus konjunkturebedingte Ausgaben} \\ \hline \text{Struktureller Budgetsaldo} \end{array}$$

Der tatsächliche Budgetsaldo, also die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben, ist um die konjunkturebedingten Mehreinnahmen zu verringern. Dies ist unmittelbar verständlich für die Jahre mit überdurchschnittlicher Auslastung der Produktionskapazitäten; in den Jahren mit einer Unterauslastung der Kapazitäten sind die Mehreinnahmen negativ, so daß durch die Bereinigung auf der Einnahmenseite des Budgets ein Budgetüberschuß zunimmt oder ein Budgetdefizit abnimmt (und unter Umständen ein Überschuß entsteht). Die konjunkturebedingten Ausgaben sind zu addieren, wenn der strukturelle (konjunkturbereinigte) Saldo ermittelt werden soll; denn die Subtraktion auch dieser Ausgaben bei der Berechnung des tatsächlichen Budgetsaldos muß rückgängig gemacht werden. Ein Budgetüberschuß wird dadurch größer, ein Budgetdefizit kleiner.

Der strukturelle Budgetsaldo erreichte in dem Zeitraum 1960 bis 1996 — in Relation zum nominalen Produktionspotential bei Normalauslastung — Werte, die zwischen 2,25 (1960) und -4,06 (1991) liegen (Tabelle 3). Nach der in diesem Beitrag vertretenen Konzeption zeigt die Änderung des strukturellen Saldos den von der Finanzpolitik ausgehenden Einfluß auf die Konjunktur an. Eine Abnahme des Saldos (beispielsweise eine Zunahme des (absolut gemessenen) strukturellen Defizits wie im Jahr 1991 oder im Jahr 1996) deutet auf eine expansive Finanzpolitik, eine Zunahme (wie etwa im Jahr 1995) auf eine kontraktive Politik hin. Bei einer Abnahme des strukturellen Budgetsaldos resultiert

ein positiver Fiskalimpuls (Tabelle 3), bei einer Zunahme ein negativer. Die in Prozentpunkten gemessenen und mit  $-1$  multiplizierten Änderungen des (relativen) strukturellen Saldos (letzte Spalte der Tabelle 3) zeigen den normierten Einfluß der Finanzpolitik an.

Markante Fiskalimpulse in expansiver Richtung erfolgten in den Jahren 1975, 1990 und 1991; die Änderung des relativen Fiskalimpulses betrug mehr als 2 Prozentpunkte. Deutlich kontraktiv wirkte die Finanzpolitik in den Jahren 1973, 1982, 1989 und 1993.

### **E. Vergleich der Ergebnisse mit denen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**

Die ermittelten Ergebnisse für das strukturelle Defizit des Staates<sup>5</sup> weichen teilweise nennenswert von denen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab. Für die zweite Hälfte der achtziger Jahre ergeben sich teilweise sogar Unterschiede beim Vorzeichen des strukturellen Defizits (Tabelle 4). Für die Jahre 1991 bis 1993 erbringen die eigenen Berechnungen deutlich größere strukturelle Defizite; umgekehrt ist es für die Jahre 1994 und 1995. Maßgeblich dafür ist die Einbeziehung der (laufenden) Transaktionen der Treuhandanstalt.

Die Änderungen des strukturellen Defizits gemäß den eigenen Berechnungen sind denen nach dem Konzept des Sachverständigenrats häufig recht ähnlich; erwähnenswert sind die Unterschiede für die Jahre 1991 und — mit umgekehrtem Vorzeichen — 1993.

---

<sup>5</sup> Es wird wieder die asymmetrische Sprachregelung verwendet (vgl. Fußnote 1).

Tabelle 4 — Strukturelles Budgetdefizit des Staates und seine Veränderung nach verschiedenen Konzeptionen — vH des Produktionspotentials bei Normalauslastung bzw. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten

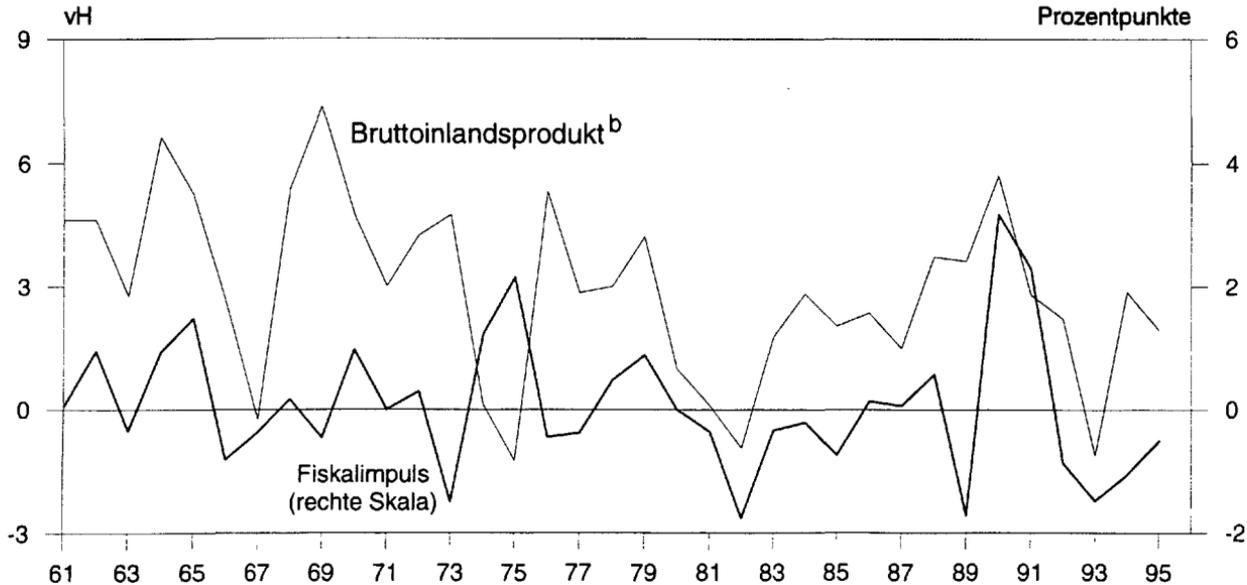
	Sachverständigenrat		Eigene Berechnung	
	Niveau	Änderung	Niveau	Änderung
1985	0,99	-0,26	-0,45	-0,74
1986	1,15	0,16	-0,32	0,13
1987	0,96	-0,19	-0,26	0,06
1988	0,98	0,02	0,31	0,57
1989	-0,09	-1,07	-1,41	-1,72
1990	3,17	3,26	1,77	3,18
1991	3,43	0,26	4,06	2,29
1992	2,27	-1,16	3,19	-0,87
1993	1,65	-0,62	1,72	-1,48
1994	0,94	-0,71	0,65	-1,06
1995	0,87 <sup>a</sup>	-0,07	0,15	-0,51

<sup>a</sup>Angepaßt gemäß den revidierten Werten für das Jahr 1995.

Quelle: Sachverständigenrat (1995), eigene Berechnungen.

## F. Änderungen des strukturellen Defizits und Konjunktur

Die Ausrichtung der Finanzpolitik, gemessen durch den relativen Fiskalimpuls (Tabelle 3, letzte Spalte), und die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts sind schwach positiv korreliert (Schaubild 1). Es gibt sowohl Jahre, in denen eine ausgeprägte Konsolidierungspolitik mit einem rückläufigen Bruttoinlandsprodukt einhergeht (1982, 1993), als auch Jahre, in denen sie mit einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion zusammentrifft, der sogar höher ist als das Wachstum der Produktionskapazitäten (1973, 1989). Dies läßt vermuten, daß die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts maßgeblich davon abhängt, welche Einflüsse von anderen Politikbereichen — insbesondere von der Geldpolitik — ausgehen. Regressionsanalysen verdeutlichen dies. Ein positiver

Fiskalimpuls<sup>a</sup> und Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

<sup>a</sup> Veränderung des (in vH des Produktionspotentials bei Normalauslastung gemessenen) strukturellen (konjunkturbereinigten) Budgetsaldos, multipliziert mit minus 1. - <sup>b</sup> In Preisen von 1991; Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr, für das Jahr 1991 gegenüber dem gesamtdeutschen Wert für 1990 berechnet.

oder negativer Fiskalimpuls schlägt sich nur teilweise in einer höheren oder geringeren Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts nieder.

Das strukturelle Defizit des Staates — in diesem Beitrag jener Teil des Budgetdefizits, der bei einer Normalauslastung der Produktionskapazitäten besteht — wird im Jahr 1997 infolge von Ausgabenkürzungen und Abgabenerhöhungen<sup>6</sup> sinken (Boss et al. 1996), der strukturelle (konjunkturbereinigte) Budgetsaldo zunehmen. Es ergibt sich ein negativer Fiskalimpuls in Höhe von 18 Mrd. DM (Tabelle 3); in Relation zum Produktionspotential bei Normalauslastung sind dies 0,5 vH. Die Finanzpolitik wird somit unmittelbar die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen. Der rechnerische Effekt bedeutet aber nicht eine entsprechend große Dämpfung des Anstiegs des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1997. Würde beispielsweise der Ausgabenanstieg nicht verringert, so ergäben sich ebenfalls Wirkungen, die die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr verminderten. Ein unveränderter Anstieg der Ausgaben müßte höhere Abgaben bedeuten oder eine Ausweitung des Defizits mit der Folge, daß die Investitions- und die Arbeitsanreize abnähmen, und sei es, weil von der Finanzpolitik höhere Abgaben in der Zukunft signalisiert würden. Selbst auf die kurze Frist ist die dämpfende Wirkung der Finanzpolitik wohl beträchtlich geringer, als der Wert für den Fiskalimpuls nahelegt. Gleichzeitig gehen im Jahr 1997 von der Geldpolitik ausgeprägt expansive Effekte auf die Konjunktur aus. Die Gefahr eines konjunkturellen Rückschlags besteht deshalb nicht (vgl. auch Boss et al. 1996).

---

<sup>6</sup> Der kräftigen Anhebung des (aggregierten) Beitragssatzes zur Sozialversicherung steht eine geringfügige Senkung der Steuerbelastung gegenüber.

## G. Phasen expansiver und Phasen kontraktiver Ausrichtung der Finanzpolitik

Eine Verringerung des strukturellen Defizits hat es schon häufig gegeben (Schaubild 1). In einigen Jahren war sie sogar deutlich größer, als sie im Jahr 1997 vermutlich sein wird. Es gab auch Konsolidierungsphasen, die sich über mehrere Jahre erstreckten. So wurden in den Jahren 1982 bis 1989 die öffentlichen Haushalte in beträchtlichem Ausmaß konsolidiert. Das strukturelle Defizit in Relation zum nominalen Produktionspotential bei Normalauslastung wurde um insgesamt 4 Prozentpunkte verringert (Tabelle 5). Damit wurde die Ausweitung dieses Defizits um 2,3 Prozentpunkte, zu der es in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre und zu Beginn der achtziger Jahre gekommen war, mehr als korrigiert.

Tabelle 5 — Indikatoren zur Finanzpolitik in Deutschland<sup>a</sup> 1974–1995

Ausrichtung der Politik	Periode	Strukturelles Defizit <sup>b</sup>		Änderung <sup>c</sup> des strukturellen Defizits <sup>b</sup>
		im Jahr vor dem Beginn des Kurswechsels	im letzten Jahr der Periode	
Expansion	1975–1981	0,3	2,6	2,3
Konsolidierung	1982–1989	2,6	-1,4	-4,0
Expansion	1990–1991	-1,4	4,1	5,5
Konsolidierung	1992–1995	4,1	0,2	-3,9

<sup>a</sup>1974 bis 1990 früheres Bundesgebiet, 1991 bis 1995 Deutschland. — <sup>b</sup>In vH des nominalen Produktionspotentials bei Normalauslastung. — <sup>c</sup>In Prozentpunkten.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Im Zuge der deutschen Vereinigung hat sich — wiederum in Relation zum nominalen Produktionspotential bei Normalauslastung — ein großes strukturelles Defizit des Staates ergeben; es belief sich im Jahr 1991 auf 4,1 vH. Danach ist das strukturelle Defizit bis zum Jahr 1995 verringert worden, vor allem durch vielfältige Abgabenerhöhungen wie z.B. die Anhebung der Versicherungssteuer,

der Mineralölsteuer, der Vermögensteuer und des Solidaritätszuschlags (Sachverständigenrat 1996: 15).

Die Verringerung des strukturellen Defizits wurde in den Konsolidierungsphasen durch recht unterschiedliche Veränderungen der Einnahmen und Ausgaben des Staates bewirkt (Tabelle 6). Im Verlauf der Konsolidierung während der achtziger Jahre wurden die Staatsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um reichlich 4 Prozentpunkte gesenkt; parallel dazu wurde die Einnahmenquote etwas verringert. Demgegenüber ist die Ausgabenquote im Zeitraum 1991 bis 1995 um 0,8 Prozentpunkte gestiegen, während — insbesondere wegen der erhöhten Sozialversicherungsbeiträge — die Staatseinnahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um 1,8 Prozentpunkte zunahmen.

Was die — in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gemessenen — strukturellen Veränderungen auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite des Staatsbudgets betrifft, so ist die Entwicklung bei den sozialen Leistungen und bei den Personalausgaben besonders auffallend. Sie sind in den frühen neunziger Jahren — anders als in den achtziger Jahren — deutlich ausgeweitet worden. Die Personalausgaben des Staates sind in den Jahren 1992 bis 1995 kaum verringert worden; in der Konsolidierungsphase der achtziger Jahre waren sie dagegen deutlich gesenkt worden.

Tabelle 6 — Komponenten finanzpolitischer Kurswechsel 1974–1995

Ausrichtung der Politik	Periode	Änderung der Staatseinnahmen <sup>a</sup>				Änderung der Staatsausgaben <sup>a</sup>						
		Insgesamt	Darunter			Insgesamt	Darunter					
			Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Sozialbeiträge		Subventionen	Soziale Leistungen	Sachaufwand <sup>b</sup>	Personalausgaben <sup>c</sup>	Zinsen auf Schulden	Bruttoinvestitionen
Expansion	1975–1981	2,3	-0,7	0,2	2,3	4,7	-0,0	2,7	1,1	0,3	1,1	-0,8
Konsolidierung	1982–1989	-0,3	0,4	-0,4	-0,3	-4,1	0,2	-1,5	-0,7	-1,2	0,4	-0,9
Expansion	1990–1991	-0,4	-1,1	0,1	0,8	4,0	0,2	0,6	0,3	0,4	0,3	0,3
Konsolidierung	1992–1995	1,8	-0,3	0,4	1,4	0,8	-0,1	2,2	0,1	-0,1	0,7	-0,1

<sup>a</sup>In vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts; Veränderung vom Jahr vor Beginn des Kurswechsels der Finanzpolitik bis zum letzten Jahr vor dem erneuten Kurswechsel; Staat einschließlich Treuhandanstalt. — <sup>b</sup>Staatsverbrauch abzüglich der Personalausgaben (vgl. Anmerkung c). — <sup>c</sup>Vom Staat geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1994, 1996a, 1996b), eigene Berechnungen.

## Literaturverzeichnis

- Boss, A., und A. Rosenschon (1996). Öffentliche Transferleistungen zur Finanzierung der deutschen Einheit: Eine Bestandsaufnahme. Kieler Diskussionsbeiträge 269. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., J. Döpke, M. Fischer, E. Langfeldt und K.-W. Schatz (1996). Bundesrepublik Deutschland: Konsolidierung der öffentlichen Haushalte — konjunkturelle Erholung setzt sich fort. *Die Weltwirtschaft*: 270–299.
- Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (1995). *Statistisches Taschenbuch 1995. Arbeits- und Sozialstatistik*, Tabelle 8.14. Bonn.
- BVS (Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben) (1995). *Finanzbericht 1994 der Treuhandanstalt*. Berlin.
- Deutsche Bundesbank (1994). Die Finanzen der Treuhandanstalt. *Monatsberichte* 46 (4): 17–32.
- (1995). Das Produktionspotential in Deutschland und seine Bestimmungsfaktoren. *Monatsberichte* 47 (8): 41–56.
- Lapp, S., K.-W. Schatz, J. Scheide und R. Solveen (1995). Industrieländer: Moderater Produktionsanstieg bei nur geringer Unterauslastung der Kapazitäten. *Die Weltwirtschaft*: 363–391.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (1994). *Den Aufschwung sichern — Arbeitsplätze schaffen. Jahresgutachten 1994/95*. Stuttgart.
- (1995). *Im Standortwettbewerb. Jahresgutachten 1995/96*. Stuttgart.
- (1996). *Zum wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf im Frühjahr 1996. Sondergutachten*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1994). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen, Hauptbericht*. Stuttgart.
- (1996a). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktberechnung*. Stuttgart.

— (1996b). *Der Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1950 bis 1995. Arbeitsunterlage*. Wiesbaden.

Treuhandanstalt (1994). *Finanzbericht 1993*. Berlin.

Ziebarth, G. (1995). Methodik und Technik der Bestimmung struktureller Budgetdefizite. Diskussionspapier 2. Volkswirtschaftliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main.